

Rede anlässlich der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie am 9. November 2010 in Dresden

[Es gilt das gesprochene Wort!]

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

bereits zum vierten Mal wird heute der Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen. Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen und demokratischen Kultur ist Leitbild dieses Förderpreises.

Demokratische Kultur bedarf stets aufs Neue der Selbstvergewisserung:

- Auf welchen Fundamenten steht unsere Demokratie?
- Welche Regeln gelten für das Leben in unserer Demokratie?
- Wo bestehen Gefahren für unsere Demokratie?
- Wie wehrhaft begegnet unsere Demokratie diesen Gefahren?

Die heutige Preisverleihung bietet uns Gelegenheit, für einen Moment innezuhalten, den politischen Alltag und das tagtägliche Ringen um politische Maßnahmen auszublenden und uns den Fragen zuzuwenden, die unser eigenes Selbstverständnis als freier demokratischer Rechtsstaat prägen.

Der Preis wird am 9. November verliehen. Das ist ein markantes Datum. Der 9. November ist ein Schicksalstag der Deutschen. Und wie kein anderes Datum vergegenwärtigt uns der 9. November Sonnen- und Schattenseiten unserer Geschichte. Die Märzrevolution von 1848 prägt bis heute das historische Bewusstsein der demokratischen Bewegung in unserem Land. Die im Nachgang der Märzrevolution gewählte Frankfurter Nationalversammlung war das erste frei gewählte Parlament für das damalige »Gesamtdeutschland«.

Am 9. November 1848 wird in Wien im Zuge der Niederschlagung der Oktoberrevolution ein Abgeordneter eben dieses ersten und die deutsche parlamentarische Demokratie nachhaltig prägenden Parlaments von einem Hinrichtungskommando erschossen. Es handelt sich um den sächsischen Abgeordneten Robert Blum. Die Abgeordnetenimmunität konnte sein Leben nicht schützen. Die brutalen Angriffe auf den Parlamentarismus in Deutschland und im gesamten deutschsprachigen Raum sind Zeugnis für die Herausforderungen, mit denen sich die demokratische Bewegung schon damals konfrontiert sah.

70 Jahre später - am 9. November 1918 - rief Philipp Scheidemann vom Reichstagsgebäude die ‚deutsche Republik‘ aus. Die Gründung der Weimarer Republik war ein Hoffnungsschimmer am Horizont der demokratischen Bewegung in Deutschland. Doch diese Hoffnung wurde schwer erschüttert. Eine Demokratie ohne Demokraten konnte keinen Bestand haben. Dieser Satz galt damals und er gilt heute gleichermaßen. Zwar scheiterte am 9. November 1923 der Hitler-Ludendorff-Putsch, jedoch war die junge Republik während ihres gesamten Bestehens immer wieder heftigen Angriffen sowohl von rechts wie von links ausgesetzt.

Der 30. Januar 1933 markiert den Niedergang des ersten demokratisch verfassten Staates auf deutschem Boden. Die Erkenntnis für uns heute kann nur lauten: Demokratie und Verfasstheit (mit

Strukturen und Regeln) bedingen einander. Demokratie ohne Rechtsstaat ist sowenig lebenswert wie Rechtsstaat ohne Demokratie. Entscheidend aber ist: Demokratie muss gelebt werden!

Der 9. November 1938 ist zum Symbol für den schwärzesten Teil unserer Geschichte geworden. Im ganzen damaligen Deutschen Reich wurde Jagd auf Juden gemacht. Jüdische Einrichtungen wurden geplündert und angesteckt. Sachsen war keine Ausnahme.

Der 9. November muss uns auch heute Verpflichtung und Auftrag zugleich sein. Nicht umsonst prägen das mahnende Gedenken an die Schoah, die Solidarität mit dem Staat Israel und der entschlossene Kampf gegen Antisemitismus das Selbstverständnis unseres heutigen Deutschlands. Diese Grundlagen sind in der gelebten und verfassten demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung unseres Grundgesetzes fest verankert.

In welch schroffem Gegensatz zu den dunklen Seiten unserer Geschichte aber steht der 9. November 1989. Die Menschen hatten genug von einer Demokratie, die nur auf dem Papier bestand und nicht gelebt wurde. Der Begriff „Volk“ wurde lediglich als schmückendes Beiwerk, als verzierendes Element missbraucht.

Die Menschen hatten den Mut, dem Regime die Stirn zu bieten. Diesen Menschen und ihrem Mut ist es zu verdanken, dass die 17 Millionen DDR-Bürger ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen konnten, in einem demokratisch legitimierten und rechtsstaatlich verfassten Deutschland.

Demokratie braucht Mut, Zivilcourage und Engagement. Demokratie will erkämpft sein und muss gegebenenfalls auch verteidigt werden.

Demokratie ist Ausdruck der Selbstbestimmung, aber leider nie vollendet. Demokratie ist ein permanentes Streben. Und dieses Streben der Menschen nach Selbstbestimmung, nach frei und selbstbestimmter Gestaltung des Lebens, das Streben nach Glück und das Streben, eigene Träume verwirklichen zu können – und all das unter Achtung der Rechte der Anderen, der Mitmenschen, des Nachbarn, des Nächsten - das ist der größte Feind totalitärer Systeme.

Wenn wir heute hier an diesem einzigartigen Ort den Sächsischen Förderpreis für Demokratie verleihen, ist es zwingend notwendig - zumindest kurz - des Mutes der vielen Menschen in der damaligen DDR zu gedenken, die sich ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung erkämpft haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nicht nur das Datum ist passend, auch der Ort hätte nicht besser gewählt sein können. Wie kein anderer (Ort) ist die Frauenkirche zum Symbol für bürgerschaftliches Engagement geworden – und das weit über die Grenzen Dresdens und des Freistaats hinaus. Die Frauenkirche wurde Opfer des Krieges, den das menschenverachtende und totalitäre Regime der Nationalsozialisten entfesselte.

Als Ruine war sie ein unübersehbares Zeichen für die Folgen eines Hasses, der Menschenwürde mit Füßen trat und Freiheit verwechselte mit unbedingter Durchsetzung des eigenen Willens und der eigenen Ideologie. Die Ruine war Symbol einer irregeleiteten Sensibilität, mit der die Machthaber mit der deutschen Geschichte umgingen.

Der Wiederaufbau der Frauenkirche ist das weit über Sachsen hinaus strahlende Zeichen, dass dieses Denken überwunden ist. Heute ist die Frauenkirche Symbol für Zuversicht, für Entschlossenheit und für die Kraft so vieler Menschen, die an eine von ihnen selbst gestaltete gute

Zukunft in Freiheit und Selbstbestimmung glauben. Dieser Wiederaufbau ist Ausdruck des Dankes vieler Menschen, dass wir Deutschen in einem freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlich verfassten Land in der Mitte Europas leben dürfen. Aber vor allem ist dieser Wiederaufbau ein überzeugendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement.

Demokratie lebt vom Bekenntnis und vom Engagement seiner Bürger. Dort, wo sich der Einzelne zurückzieht, dort wo Eigeninitiative der Staatsgläubigkeit weicht, dort wo niemand mehr Verantwortung für den Nachbarn, oder biblisch: »für den Nächsten« übernimmt, heute sagen wir für „das Gemeinwesen“, überall dort droht Demokratie zur Farce, zur bloßen Hülle, zu einer Leerformel zu werden. Deshalb ist es so wichtig Zeichen zu setzen und Zeugnis abzugeben. Das Vorbild ist in der Demokratie so wichtig wie in jeder tradierten Kultur.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Demokratie ist ein schützenswertes Gut. Sie verlangt von allen Bürgern die Einhaltung ihrer Regeln und Prinzipien. Die in unserer Verfassung verankerten Grundprinzipien sind zugleich die Leitplanken, die den Weg unseres Gemeinwesens säumen. Sie geben Halt und Sicherheit, damit wir sowohl rechts wie links nicht vom Weg abkommen. Es gilt Allem außerhalb dieser Leitplanken entschlossen entgegenzutreten. Hierfür bedarf es bürgerschaftlichen Engagements und Zivilcourage des einzelnen, aber auch eines handlungsfähigen und durchsetzungsstarken Staates.

Die Toleranz in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat hat dort ihre Grenzen, wo die fundamentalen Rechte der anderen berührt werden. Dort werden Leitplanken überschritten. Das heißt aber auch, dass all das, was sich innerhalb dieser Leitplanken bewegt, toleriert werden muss.

Das ist nicht immer ganz einfach. Der Begriff der »Toleranz« leitet sich ab aus dem Lateinischen »tolerare« und das heißt so viel wie »ertragen«, »aushalten«. Ja manchmal müssen wir als Bürger unseres Landes schon einiges ertragen und aushalten.

Es ist nicht leicht zu ertragen, wenn braune Rattenfänger durch unsere Städte ziehen und sich auf das Demonstrationsrecht berufen. Es ist auch nicht immer leicht zu ertragen, wenn gewählte Mandatsträger in unserem Land zu sozialen Unruhen aufrufen. Es ist nicht leicht zu ertragen, wenn Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens fundamentale Prinzipien unserer rechtsstaatlichen Ordnung als unbeachtlich bezeichnen. Die in einer Demokratie nötige Toleranz kann manchmal ein bitteres Brot sein. Und dennoch: Das Leben in einem demokratischen Gemeinwesen ist das Aushalten und das Ertragen allemal wert.

Was hinsichtlich der Toleranz für den einzelnen gilt, gilt selbstverständlich auch für staatliche Institutionen und Verfassungsorgane. Ich mache hier gar keinen Hehl daraus, dass der Sächsischen Staatsregierung bei der Verleihung des diesjährigen Förderpreises von der Jury ein gewisses Maß an Toleranz abverlangt wird. Die Sächsische Staatsregierung akzeptiert aber die Entscheidung der Jury - schweren Herzens zwar - aber vor dem Hintergrund ihres demokratischen Selbstverständnisses mit der nötigen Toleranz.

Ich gehe davon aus, dass die Jurymitglieder künftig den Willenbildungsprozess, der zur Auswahl der Preisträger führt, klarer strukturieren. Ich will nicht verheimlichen, dass ich mit einem gewissen Erstaunen feststellen musste, dass die Jury hierfür bisher nur ein informelles Verfahren etabliert hat. Eine Geschäftsordnung, die den Entscheidungsfindungsprozess strukturiert, stünde einer Jury, die Vorbilder demokratischen Handelns auszeichnen will, schon gut zu Gesicht.

Meine Damen und Herren,
Kürzlich durfte ich einer Veranstaltung beiwohnen, in der Lothar de Maizière, der erste demokratisch gewählte und zugleich letzte Ministerpräsident der DDR, von Diskussionen mit seinen Töchtern berichtete. Unmittelbar nach Konstituierung der frei gewählten Volkskammer im April 1990 habe er als erstes einmal eine Geschäftsordnung geschrieben, damit das Parlament überhaupt arbeitsfähig wurde. Seine Töchter hätten sich lustig gemacht: »Da ist Revolution im Land und der Papi schreibt die Geschäftsordnung dafür« habe er sich anhören müssen.

Meine Damen und Herren,
ohne vorher festgelegte Regelungen und ohne eine Strukturierung der Entscheidungsfindungsprozesse geht es nicht - auch und gerade nicht in einer Demokratie. Die Regeln des Rechts und des Rechtsstaates sind unverzichtbares komplementäres Element einer jeden demokratischen Ordnung. Dazu gehören auch Geschäftsordnungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
der Sächsische Förderpreis für Demokratie ist nicht nur Auszeichnung, er ist Verpflichtung zugleich. Er verpflichtet die Preisträger auch in Zukunft einzustehen für die Grundprinzipien unseres Staates, die sich im Grundgesetz manifestieren. Er verpflichtet die Preisträger für die Einhaltung der oben beschriebenen Leitplanken - rechts und links - unseres Gemeinwesens einzutreten. Und er verpflichtet uns alle, die demokratische Grundordnung stets aufs Neue zu verteidigen. Demokratie ist kein statischer Zustand. Demokratie ist Prozess.

Wir alle sind aufgefordert, diesen Prozess mitzugestalten. Jeder einzelne steht in der Verantwortung. Das Eintreten für Demokratie ist nicht Aufgabe der Politik und der staatlichen Institutionen allein. Das Eintreten für Demokratie ist die vornehmste Aufgabe aller Demokraten. Ob in Vereinen oder Kirchen, in Gewerkschaften oder Unternehmen, in den Medien oder der Wissenschaft: Die Grundprinzipien unserer demokratischen Ordnung gelten ohne Einschränkung. Sie mit Leben zu füllen und sich für sie einzusetzen, hierzu möchte ich alle Anwesenden und alle Bürger unseres Freistaates aufrufen. Wirken wir auch in Zukunft mit an der demokratischen Kultur unseres Landes.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!